DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de
Februar 2011

Protest von Integrierten Sekundarschulen (ISS) aus Tempelhof-Schöneberg

Lehrerinnen und Lehrer von ISS Ringstraße (früher Werner-Stephan- und Dag-Hammarskjöld-Oberschule), ISS Grazer Platz (früher Waldenburg- und L.-u.-W.-Teske-Oberschule) und ISS Gustav-Langenscheidt-Oberschule (früher Riesengebirgs-Oberschule) äußerten am 27. Januar ihre Kritik an den unzureichenden Bedingungen für die neue Schulform.
Sie stellten auf einer Pressekonferenz die Startschwierigkeiten ihrer Schulen vor:
- mangelndes Engagement des Schulamts (Bezirksamt Abt. Schule/ Bildung) bzgl. der gleichmäßigen Verteilung der Begabungen der Schüler auf alle ISS,
- unzumutbare räumliche Gegebenheiten bei der Fusion,
- planloses Handeln des Schulamts (Bezirksamt Abt. Schule/Bildung) bei der Bereitstellung der räumlichen Kapazitäten in diesem und im kommenden Schuljahr,
- intransparentes Verhalten bei der Verteilung der erwarteten etwa 80 RückläuferInnen aus den Gymnasien,
- intransparente Entscheidungen des Schulamts (Bezirksamt Abt. Schule/ Bildung) bezüglich der baulichen Maßnahmen zur Ausstattung der ISS (Ganztagsbetrieb, Fachräume, Sanierungen).
Nach der Pressekonferenz händigten die Vertreter der Schulen die „Halbjahreszeugnisse“ an Schulstadtrat und Oberschulrat aus.
Die Lehrer, unterstützt von der Lehrergewerkschaft GEW, begrüßen eigentlich die Schulentwicklung hin zu den Integrierten Sekundarschulen. Doch mit den oben genannten Mängeln sehen sie deren Erfolg in Gefahr.
Gegenüber dem Bezirksschulamt (zuständig für die Schulstandorte, bauliche Ausstattung und Verteilung der Schüler) klagen sie insbesondere an, dass Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb, Anforderungen an Fachräume und eine bessere soziale Mischung nicht zielstrebig geplant wurden.
Der Bezirksstadtrat Hapel (CDU) verweist auf unzureichende Finanzmittel für bauliche Unterhaltung und Investitionen. Die im Übrigen noch knapper werden, wenn sich seine Parteifreunde in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern damit durchsetzten, Berlin Mittel aus dem Länderfinanzausgleich zu streichen.
Es ist aber bekannt, dass an manchen Schulen heftig gebaut wird. Viele Lehrer (und Eltern) erkennen aber keinen Plan und keine Kriterien, nach denen an der einen Schule etwas begonnen wird, während an der anderen sich nichts tut. Transparenz und Vertrauen in die Planung würden es erleichtern, knappe Mittel am effektivsten einzusetzen und zeitweise Mängel zu überbrücken.

Harald

Inhalt:

S. 2 Barbarossastr. 59-60, Neues Partitipations- und Integrations Gesetz; **S. 3** BVV, **S. 4** Ist der Kommunismus noch zu reten?; **S. 5** Wohin Antikommunismus führt...**S. 6** Protest gegen Afghanistan Krieg, **S. 7** Prostitution - Verdrängung aus den Schöneberger Norden?; **S. 8** Rosa Luxemburg Ehrung, Impresum und Termine

Rote Insel

Flüchtlingsberatung
Dienstags von 11 bis 13 Uhr
Beratung und Hilfe zu ALG II
Dienstags 13 bis15 Uhr mit Klaus Jürgen Dahler
in der Roten Insel

Februar 2011 LUPE-color-home.indd 1 19.02.2011 15:11:35

Erinnern

1) Arbeiterwiderstand bei Askania

Am 25. Januar fand im Tempelhof Museum mit Unterstützung des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg eine Veranstaltung zum Arbeiterwiderstand bei Askania gegen das NS-Regime statt. Dabei wurden die Akteure der Aktivitäten im Betrieb gegen Krieg, Zwangsarbeit und Unterdrückung vorgestellt und die Opfer des Widerstandskampfes geehrt.

Ab dem 15.Februar wird im Rathaus Tempelhof eine Ausstellung zum Berliner Arbeiterwiderstand gezeigt. Mit den Veranstaltungen wird weiter dafür geworben, bei den ehemaligen Askania-Werken in Alt-Mariendorf einen Ort der Erinnerung einzurichten.

2) „Wir waren Nachbarn"

Die Ausstellung ist – in erweiterter Form – weiterhin im Rathaus Schöneberg zu sehen (derzeit aus baulichen Gründen im Saal im Hochparterre rechts). Begleitveranstaltung: Montag, 21. Feb.,19 Uhr, Rathaus Schöneberg – Vortrag über Lebensgeschichten lesbischer Frauen im „Dritten Reich". Die Historikerin Dr. Claudia Schoppmann beschreibt Beispiele aus ihrer Forschung.

Vom 10.2 bis 3.4. zeigt das Haus am Kleistpark eine Ausstellung über die Künstlerin Gertrude Sandmann, die, von den Nazis verfolgt, sich ab 1942 über zwei Jahre versteckt halten musste.

Harald

Barbarossastraße 59-60: Bürgereinwände weggewischt!

Im Dezember legte das Bezirksamt nun das Abwägungsergebnis zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vor. Im Frühjahr ist die Vorlage des überarbeiteten Bebauungsplans 7-42 zu erwarten. Nach den Kommentaren des Bauamts zu den ungewöhnlich vielen 188 Bürger-Einwendungen ist davon auszugehen, dass dem Investor HochTief alle gewünschten „Freiheiten" zur Realisierung von hochwertigem, gewinnträchtigem Wohnraum gegebenen werden. Im Stadtplanungsausschuss war es nur noch eine Randfrage, ob das Alt-Gebäude nun „entmietet" sei. Stand laut Stadtrat Krömer (CDU): Mit acht Mietern hätten noch keine Regelungen getroffen werden können. Wir wissen, dass die Kündigungen zum Mai 2011 vorliegen, aber die Mieter nicht kampflos räumen wollen, und wir werden sie weiter unterstützen.

Bauplanerische Zielsetzungen des Bauamts gehen nicht vom Erhalt günstigen Wohnraums in Schöneberg aus: „Es ist nicht Ziel der Planung, das Gebäude in seiner jetzigen städtebaulichen Form zu erhalten. Insofern soll der Eigentümer weder zum Erhalt, noch zu einer Sanierung und Modernisierung gezwungen werden." Vielmehr entspricht der Neubau von hochwertigen, hochpreisigen Wohnungen den Zielsetzungen des Bauamts: „Die geplante Nutzungsintensivierung einer begrenzten Grundstücksfläche folgt den Zielen der Innenentwicklung. [...] Der sparsame Umgang mit Grund und Boden gemäß § 1a Abs. 2 BauGB umfasst auch die intensivierte Nutzung eines innerstädtischen, gut erschlossenen und baulich untergenutzten Grundstücks."

Glaube bloß niemand, dass die Ausgestaltung des B-Plans das Vorhaben für HochTief erst richtig lukrativ macht: „Das Vorhaben zielt auf die Nachverdichtung sowie städtebauliche Aufwertung eines gut erschlossenen, innerstädtischen Wohngrundstücks. Die Überschreitung der nach BauNVO im allgemeinen Wohngebiet üblicherweise zulässigen Grundflächenzahl und Geschossflächenzahl wird jedoch durch die besondere räumliche und städtebauliche Situation erforderlich." Da hat HochTief aber Glück.

Einwände in dem Verfahren haben zumindest zu Einschränkungen bei der geplanten teilweisen Überbauung des angrenzenden Parks geführt. „Ein Teil der auf dem Privatgrundstück zu fällenden Bäume ist als erhaltenswert einzustufen. Der Schutzstatus der Bäume ist jedoch nicht so hoch einzustufen, dass eine Fällung in Abwägung mit anderen Belangen generell ausgeschlossen ist." Weg damit, wenn der verdichtete Baukörper es erfordert!

So scheint der Weg für HochTief und den Vermarkter Ziegert frei geräumt. Doch noch sind auch nach wie vor Menschen im Gebäude, die der Gentrifizierung widerstehen.

Harald

Neues Partizipations- und Integrationsgesetz – vorgestellt im Nordschöneberger Nachbarschaftstreff HUZUR

Die Berliner Sozialsenatorin Carola Bluhm stellte am 6. Dezember im Nachbarschaftstreff HUZUR in der Bülowstraße das Gesetzesvorhaben vor, das drei Tage später vom Abgeordnetenhaus gebilligt wurde. Nicht ohne Stolz hob sie hervor, dass Berlin das erste Bundesland ist, das dieses längst überfällige Gesetz auf den Weg gebracht hat. Ein Gesetz, das die Teilhabe Aller in allen politischen Handlungsfeldern von Verwaltungen und sozialen Diensten nach dem Prinzip der interkulturellen Öffnung festschreibt.

Gülsen Aktas, die Leiterin von HUZUR, berichtete aus der Praxis des generationsübergreifenden Nachbarschaftstreffpunktes, vom Bemühen um gesellschaftliche Partizipation. Mit unterschiedlichen, teils niedrigschwelligen Angeboten für die Besucherinnen und Besucher sollen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammengeführt, Kompetenzen und Fähigkeiten gestärkt werden.

So wie im Kleinen Partizipation und Integration stattfinden müssen, so wichtig ist es, im Allgemeinen verbindliche Regeln zu schaffen, mit denen Vorurteile abgebaut und Chancengleichheit für alle verbessert werden können. Die Voraussetzungen dafür muss die Politik schon in den Kitas und Schulen schaffen: gute Startbedingungen für Schülerinnen und Schüler mit migrantischem Hintergrund für ihren Berufsweg und die gesellschaftliche Teilhabe allgemein. Für das neue Gesetz wurden 13 Landesgesetze geändert, und zwar an den Stellen, wo es um eine gerechte Beteiligung in öffentlichen Gremien geht. So soll der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund, entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung, im öffentlichen Dienst perspektivisch erhöht werden. Die anteilige Vergabe von Ausbildungsplätzen soll von 8% auf 20% erhöht werden. Wichtig ist auch die Bestimmung eines/r Beauftragten des Senats für Integration und Migration, der/die bei wichtigen Gesetzesvorhaben in Fragen der Migration und Partizipation einbezogen wird und die Rechte der Betroffenen vertritt. Das neue Gesetz umzusetzen, ist vor allem ein gesellschaftlicher Prozess, denn „wo Leute auf Vorurteilen beharren, nimmt die Kommunikation eher ab und die Probleme nehmen zu", so Carola Bluhm. Der erste Schritt ist getan, machen wir das Beste daraus.

Elisabeth Wissel

Februar 2011 LUPE-color-home.indd 2 19.02.2011 15:11:35

BVV im Januar 2011

Heinrich-Lassen-Park: Bürgeraufklärung unbefriedigend
Ob es sich bei den Maßnahmen im Heinrich-Lassen-Park um eine Unterhaltungs- oder eben doch um eine Baumaßnahme handele, wie es die Schilder am Bauzaun ausweisen, wollte eine Anwohnerin von Stadträtin Schöttler (SPD) wissen. Gemäß der Antwort von Frau Schöttler weist der von der Bezirksverwaltung verwendete Begriff Unterhaltungsmaßnahme lediglich darauf hin, aus welchem Finanztopf die Arbeiten bezahlt werden. Darunter fallen allerdings so weit reichende Maßnahmen wie Bäume fällen, Zäune anlegen, Bodenbelag oder auch allgemein die Pflege der Grünanlagen. Also: Baumaßnahmen sind keine Baumaßnahmen, sondern Unterhaltungsmaßnahmen. Und bei diesen ist nicht vorgesehen, dass Anwohner mitentscheiden dürfen. So kann man demokratische Rechte der Bürgerinnen und Bürger auch umgehen. Die Arbeiten im Heinrich-Lassen-Park werden diesen gravierend verändern.

Flüchtlingsunterbringung hat erfolgreich begonnen
Auf die Große Anfrage von unserem Verordneten Harald Gindra antwortete Stadträtin Klotz (B.90/ Grüne), dass das Aufnahmelager Marienfelde mit einer Belegung von 169 Plätzen bei einer Gesamtkapazität von 215 zu 79% ausgelastet sei. Der Sozialdienst sei u. a. mit Sprachmittlern auf die Familien aus Serbien und Russland vorbereitet. Der Senat habe u. a. für die 80 Kinder schulische Vorsorge getroffen, mit jeweils zwei Schulklassen und zwei Lehrkräften im Bereich Grundschule und Integrierte Sekundarschule. Auch im Kitabereich sei man für eine Tagesbetreuung eingerichtet. Wie jedoch die zukünftige private Unterbringung (nach einem Jahr) erfolgen soll, ist offen.

Kritik an Bürgerdialogen zur Gesundheitsforschung
Der Antrag (Drs. 1698) der SPD zielt auf die Durchführung von Bürgerdialogen im Rahmen des Wissenschaftsjahres. Das Bezirksamt solle prüfen, ob diese im Bezirk möglich wären. Das Anliegen ist nicht generell abzulehnen, so unser Verordneter Harald Gindra. Dennoch ist es bei der prekären Finanzlage des Bezirks und einer Gesundheitspolitik im Bund, die auf eine Zwei-Klassen-Medizin ausgerichtet wurde, zynisch, von den fortschrittlichsten Möglichkeiten der Medizin berichten zu lassen, während sich die personelle medizinische Versorgung sowie die Leistungsangebote für viele Menschen spürbar verschlechtert haben. Und über die Medien sind die Menschen mit medizinischen Sendungen auch nicht gerade unterversorgt.

Elisabeth Wissel

Weitere BVV-Vorlagen Januar 2011

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und dessen Beratungsergebnisse auf. (Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlussempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Versorgung mit dem Bücherbus sicherstellen (Drs. 1693 von CDU) Ergebnis: Überweisung in Hauptausschuss sowie Bildung und Kultur (KL)
- Sicherung der Kleingarten- und Sportanlage am Columbiadamm (Drs. 1695 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung sowie Sport(KL)
- Konfliktsituation in der Kurfürstenstr. lösen (Drs. 1696 von Graue Panther) Ergebnis: Beschluss
- H.-Köhl-Gebäude: Regelung für Abgabe von Schulgebäuden mit innenliegender Sportanlage (Drs. 1699 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Haupt- sowie Sportausschuss (KL)
- **Verbesserungen für Geringverdiener mit Kindern** (Drs. 1701 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Sonne für die Eylauer Straße (Drs. 1702 von SPD) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Prioritäten setzen - bei baulicher Unterhaltung (Drs. 1705 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Fortschreibung des Kita-Entwicklungsplans (Drs. 1706 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Entfristung der Arbeitsverhältnisse im Ordnungsamt (Drs. 1562 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Bürger/innenbeteiligung Tempelhofer Feld (Drs. 1670 BE aus Ausschuss Stadtplanung) Ergebnis: Beschluss
- Interessenbekundungsverfahren zu Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlberg" (Drs. 1691 Vorlage des BA) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Maßnahmen zur Haushaltssicherung 2011 (Drs. 1650 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschüsse Haupt- sowie FM sowie Controlling (KL)

Die BVV-Drucksachen sind dokumentiert unter: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp

Unser Bezirksverordneter

Harald Gindra
Termine nach telefonischer Vereinbarung
Telefon: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com
Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg, Raum 2036
Tel: 030/ 90 2 77 48 98
Sprechstunde: (Neu) Mittwochs 17 - 19 Uhr Außer an BVV Sitzungstagen)

Arbeitskreis Kommunales (AKK)
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.
AKK-Termine:
Montag, 7., 14., 28. Februar 2011, um 19 Uhr jeweils im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie
Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Sitzung) zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei.
Interessierte sind ständig eingeladen, auch die Beratungen der Ausschüsse der BVV zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mittwoch, 16. Februar, 17 Uhr im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Februar 2011 LUPE-color-home.indd 3 19.02.2011 15:11:36

Zur aktuellen „Kommunismusdebatte“ dokumentieren wir eine Gastkommentar vom Chefredakteur des „Neuen Deutschlands“ (ND) Jürgen Reents / 22.01.2011

Ist der Kommunismus noch zu retten?

Deutschland startet mit einem Gespensterthema in ein Superwahljahr / Die Debatte um den Artikel der LINKEN-Vorsitzenden Gesine Lötzsch wird nicht rational geführt

Stéphane Hessel schreibt in einer Publikation, die in Frankreich gerade eine ebensolche Millionenauflage erlebt wie das Sarrazin-Buch in Deutschland, dass sein langes Leben ihm immer wieder Gründe beschert hat, sich zu empören. Dazu gehörte auch der Stalinsche Totalitarismus. Aber, so Hessel, man müsse »ein offenes Ohr für den Kommunismus als Gegengewicht gegen den Kapitalismus behalten«. Hessel ist 93 Jahre alt, der letzte lebende Mitautor der UN-Menschenrechtscharta, er kämpfte in der Résistance, überlebte die KZ-Haft in Buchenwald und verehrt den konservativen Antifaschisten Charles de Gaulle heute noch ebenso wie den eher den Sozialisten zugeneigten Résistance-Führer Jean Moulin. Stéphane Hessels Botschaft ist: Man sollte sich wieder mehr empören – vor allem über die internationale Diktatur der Finanzmärkte, die die Demokratie bedroht. So diskutiert man in Frankreich.

1. Diskreditiert ist der Weg, nicht das Ziel

In Deutschland wird sich auch empört: über einen Aufsatz von Gesine Lötzsch, in dem sie davon sprach, man könne »Wege zum Kommunismus finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren«; davon gäbe es nicht nur einen, »sondern sehr viele unterschiedliche Wege, die zum Ziel führen«. Die Empörten haben meist nicht mehr als dieses dürftige Zitat gelesen. Mehr würde sie allerdings auch langweilen, denn die LINKEN-Vorsitzende verfolgt das, womit sie eingangs Aufmerksamkeit erheischt, selbst gar nicht weiter in ihrem Text und meinte es wohl auch nicht so ernst mit ihrem halben Gedanken.

Die ganze Sache ist gründlich verkorkst. Abgebrochene Gedanken sind scharfkantiger als ausgeformte. Sie unachtsam anzufassen, birgt die Gefahr, sich selbst und andere zu verletzen. Zudem bieten sie jedem die Möglichkeit, ihre angenommene volle Gestalt je nach eigenem Zweck hinzurichten. Das geschah üppig und wird weiter geschehen, es ist ein Jahr mit sieben Landtagswahlen. Die LINKE soll über den Begriff Kommunismus als eine Vereinigung mit verbrecherischer Tradition und inhumaner Zielsetzung diskreditiert werden. Und innerhalb der LINKEN glauben oder hoffen nicht wenige, durch Distanzierung vom Begriff des Kommunismus solchen Verdacht entkräften zu können.

Es ist nur komplizierter. Die Sowjetunion trug den Namen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die DDR war laut Verfassung ein sozialistischer Staat. In der Sowjetunion hieß die führende Partei Kommunistische Partei, in der DDR nannte sie sich Sozialistische Einheitspartei, andernorts – so in Polen, Ungarn und Albanien – auch Arbeiterpartei oder Partei der Arbeit. Keine davon definierte ihr Regime oder die von ihr geprägte Gesellschaft als kommunistisch. Sie nannten diese den real existierenden Sozialismus. Man sollte also rundum aufrichtig sein: Die Verbrechen, die geschahen, waren nicht weniger welche im Namen des Sozialismus als im Namen des Kommunismus.

Es ist daher nicht einleuchtend, die Idee des Sozialismus durch das Attribut demokratisch retten oder neu definieren zu können, die des Kommunismus jedoch nicht. Erwägt man die Frage streng rational (was kaum irgendwo geschieht), könnte letzteres sogar glaubwürdiger sein: Da es bislang keinen weltgeschichtlich existierenden Kommunismus gab, ist sein tatsächlicher humaner oder inhumaner Gehalt gänzlich unbewiesen. Bewiesen ist dagegen, dass die bisherigen, die »realsozialistischen« Wege und Vorstufen, die angeblich zum Kommunismus führen sollten, zweifach gepflastert waren: mit Befreiungen und mit inakzeptablen Einengungen. Diese Wege können von niemandem mit Herz und Verstand neu gegangen werden. Da auch von der Mauer in diesem Zusammenhang geredet wurde: Sie war ein Bauwerk des Sozialismus, nicht des Kommunismus. Die Rechte wird daran erinnern, wenn alle Distanzierungsstrophen gegen den Kommunismus zu Ende gesungen sind.

2. Entsorgt werden soll nicht nur ein Begriff

So sollte man, wenn von der kommunistischen Idee die Rede ist, besser auf die zurückgreifen, die etwas davon verstanden: Karl Marx und Friedrich Engels waren in deren Beschreibung sehr zurückhaltend. »Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt«, schrieben sie drei Jahre vor Abfassung des Kommunistischen Manifests. In diesem notierten sie dann: »Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.« Gegen die alte Gesellschaft setzten sie eine »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Das bleibt eine fundamentale Orientierung für linke Politik, die individuelle Freiheit und gesellschaftliche Gerechtigkeit zusammenbringen will.

Wir sind seit Marx um über 150 Jahre Erfahrung weiter. Ihre barbarische Gesichtshälfte haben alle in dieser Zeit herrschenden Systeme gezeigt. Wer meint, dass sich heute alles zum Besseren gekehrt habe, dass der Kapitalismus nach seinen faschistischen und sonstwie rohen Sündenfällen nun vor allem menschliche Züge trägt, schaue in die Sweatshops, die die Textilkonzerne aus dem Blickfeld ihrer Kundschaft in die Dritte Welt verlagert haben, in die öligen Schützengräben in Südwest- und Zentralasien, in die

Fortsetzung auf Seite 5

Februar 2011 LUPE-color-home.indd 4 19.02.2011 15:11:36

Wohin Antikommunismus führt...

Mancher Artikel in der inszenierten Medienkampagne gegen Gesine Lötzsch und lässt einen heute an das antikommunistische Klima der 50er Jahre in der Bundesrepublik erinnern. Politiker wie der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer können in Deutschland schon wieder das Verbot linker Parteien fordern, ohne auf eine allzu große Empörung der Mainstream-Medien zu treffen. Und wie sieht es in anderen europäischen Ländern aus?

Während es in Portugal, Griechenland oder Frankreich aufgrund der Geschichte des antifaschistischen Widerstandes der Kommunisten undenkbar wäre, Kommunisten zu kriminalisieren, hat die Entwicklung in anderen Ländern zu besorgniserregenden Ergebnissen geführt: Wo Regierungen in der gesellschaftlichen Krise Antikommunismus schüren, sind auch Antisemitismus und Neofaschismus nicht weit. In Estland und Lettland werden nach 1990 wieder SS-Leute geehrt. Sie können unter Polizeischutz Paraden abhalten und erhalten Pensionen – während Kämpfer gegen den Faschismus, darunter auch jüdische Partisanen, verfolgt werden. Während in Polen, Tschechien, Ungarn und in den baltischen Staaten linke Symbole wie der „Rote Stern“ oder das Portrait Che Guevaras auf T-Shirts verboten werden, ist z.B. in Litauen schon wieder das „Hakenkreuz“ als „wertvolles Symbol der Baltenkultur“, das nur von anderen Völkern missbraucht worden sei, erlaubt. Der ehemalige sowjetische Partisan Kommandeur Wassili Kononow war Ende der 90er Jahre von einem lettischen Gericht wegen der Tötung lettischer Nazikollaborateure während des Zweiten Weltkrieges schuldig gesprochen worden. Von 1998 bis 2000 saß er hinter Gittern. Nach mehreren Prozessen in Lettland verhandelte eine kleine Kammer des Gerichtshofes in Strasbourg den Fall. Sie sprach Kononow frei und gab 2008 einer Entschädigungsklage gegen Lettland statt. Die lettische Justiz focht diesen Freispruch an. Der Fall wurde an die Große Kammer in Strasbourg verwiesen, die 2010 zugunsten Lettlands entschied! Mehrere französische Juristen warnten nach diesem Skandal, dass die Verurteilung von Wassili Kononow als „Kriegsverbrecher“ die Tätigkeit überhaupt aller Teilnehmer des europäischen Widerstandes in Zweifel ziehe.

Hinzu kommt: In vielen europäischen Ländern werden – wenn der Widerstand dagegen nicht ausreicht – Nazikollaborateure, wie der ungarische Admiral Miklos Horthy, „Reichsverweser“ des Landes zwischen 1920 und 1944, Jozef Tiso in der Slowakei oder Ion Antonescu in Rumänien ganz offiziell geehrt und antifaschistische Denkmäler geschändet. Übergriffe und Diskriminierungen gegen Minderheiten, wie z.B. Bürger russischer Abstammung in den baltischen Staaten oder Sinti und Roma in Ungarn, sind an der Tagesordnung. Es gilt also leider auch weiterhin der Satz von Thomas Mann: „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche“. DIE LINKE hat Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, verurteilt. Wir treten jedoch einer Kriminalisierung des Marxismus und der Idee sozialer Emanzipation (siehe Artikel von Jürgen Reents in dieser Ausgabe) entschieden entgegen.

Carsten Schulz

Fortsetzung von S. 4

Ist der Kommunismus noch zu reten?

hungernden Augen Afrikas, in die sozialen Klüfte Europas und auf die von modernen Kriegern in blutigen »Missionen« vergewaltigte Humanität, die zu verbreiten sie angeblich ausgeschickt wurden.

Wirkliche Bewegung, den jetzigen Zustand aufzuheben, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (auch Marx), wird unterdrückt – und wird es doch immer wieder geben. Solche Bewegung kommunistisch zu nennen, weil in ihr das Ziel global gemeinschaftlicher (kommunitärer) Lebensform pulsiert, in der Menschen füreinander einstehen (solidarisch sind), statt sich gegenseitig auszunutzen, auszubeuten und auszubooten, oder einen anderen, vielleicht besseren Namen für sie zu finden, steht jedem frei. Doch sollte man sich nicht täuschen: Entsorgt werden soll hier nicht ein Begriff, sondern die Idee sozialer Emanzipation. Daran sollte eine Linke, die sich nicht selbst überflüssig machen will, nicht mitwirken.

Der Text erscheint zugleich in:

www.kulturkombinat-magazin.de

Aktuelle und historische Zitate zur „Kommunismusdebatte“:

Frank-Walter Steinmeier (SPD-Fraktionsvorsitzender) im Berliner Abendblatt: „Ich fass mir an den Kopf. Gesine Lötzsch will zurück zum Kommunismus. Dorthin, wo wir Unfreiheit und Misswirtschaft 70 Jahre lang regieren sahen.“

Sigmar Gabriel (SPD-Parteivorsitzender) in der Süddeutschen Zeitung: „Wer glaubt, den Kommunismus ausprobieren zu müssen, sei es in der Opposition oder gar in einer Regierung, dem kann wohl niemand mehr helfen.“

Aus dem SPD/SED-Papier „Der Streit der Ideologien und der gemeinsamen Sicherheit“ aus dem Jahre 1987: „Der Streit über die Grundfragen wird weitergehen, auch die Hinweise darauf, wo auf der einen oder anderen Seite Theorie und Praxis nicht übereinstimmen. Der Streit über so gegensätzliche Grundpositionen lässt sich weder durch Kompromissformeln noch durch Appell an den Friedenswillen beenden. Es wäre auch niemandem damit gedient, wenn die Gegensätze verwischt würden. Aber der Streit über Grundpositionen kann Teil eines produktiven Wettbewerbs der Systeme werden, wenn er so ausgetragen wird, dass Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils andern beachten, **keine Feindbilder aufbauen, die Motive der andern Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerren und ihre Repräsentanten nicht diffamieren**.“ (Hervorhebung durch C. S.)

Was damals für Repräsentanten der SED galt, sollte doch wohl heute auch für die Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE gelten, oder?

Februar 2011 LUPE-color-home.indd 5 19.02.2011 15:11:36

4,4 Millionen Arbeitslose

Zeit zu haldeln statt zu tricksen
Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Januar 2011: 4.370.037
Offizielle Arbeitslosigkeit: 3.347.018
Nicht gezählte Arbeitslose: 1.023.019
aufgeschlüsselt:
Älter als 58, beziehen ALG II: circa 367.000
Älter als 58, beziehen ALG I (§ 428 SGBIII) 227
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 224.252
Berufliche Weiterbildung: 209.970
Eignungsfeststellungs-und Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining): 505
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte): 166.779
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 23.262
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 1.630
Kranke Arbeitslose (§126 **SGB III**): 29.394
Quelle: die-linke.de (Bundesagentur für Arbeit- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Januar 2011, Seite 66.)

Das Rote Kino

zeigt: Filmabend, am 11. Februar um 19.30 in der Roten Insel
Beutezug Ost
BRD 2010, Dokumentation über den größten Betrugsskandal in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands.
Dauer 44 min.

Soylend Gree,
USA 1973,
Regie: Richard Fleischer, Oko-Dystopie.
Hauptrolle: Charlton Heston
Dauer 93 min.

Afghanistan-Kundgebung vor dem Reichstag

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE lehnte am 28. Januar die Verlängerung des Bundeswehrmandats für den Einsatz in Afghanistan erneut ab, während die SPD-Fraktion überwiegend zustimmte und die Grünen uneinheitlich abstimmten, sich zum größten Teil aber der Stimme enthielten.
Der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi hatte in der Bundestagsdebatte zum Afghanistan-Einsatz SPD und Grüne dazu aufgerufen, endlich aus der großen Kriegskoalition auszutreten.
Vor dem Reichstag beteiligten sich Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, darunter die Parteivorsitzende Gesine Lötzsch, an einer Protestkundgebung gegen den Afghanistan-Krieg.

Afghanische Aktivisten zu Gast bei der Linksfraktion

Die Fraktion DIE LINKE lud am letzten Januar-Wochenende zu einer internationalen Konferenz unter dem Titel „Das andere Afghanistan“ in den Bundestag ein. Dazu reisten viele Friedens- und Menschenrechtsaktivisten aus Afghanistan an. Sie berichteten von den Greueln des Krieges in ihrem Land und forderten ein Ende der NATO-Besatzung. Foto: Der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jan van Aken und die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion, Heike Hänsel, mit den afghanischen Aktivisten Sayed Aqub Ibrahimi, Said Mahmoud Pahiz und Malalai Joya beim Pressegespräch vor der Konferenz.

Alexander King
(Fotos: Linksfraktion)

Februar 2011 LUPE-color-home.indd 6 19.02.2011 15:11:37

Prostitution – Verdrängung aus dem Schöneberger Norden?

Der Schöneberger Norden kommt nicht zur Ruhe. Der Straßenstrich ist weit über die Grenzen Berlins bekannt und innerhalb des Quartiers immer wieder Grund für Auseinandersetzungen, die bis zur körperlichen Gewalt reichen. Auch in Zeiten legalisierter Bordellbetriebe und spezialisierter Internetdienste sorgen Phänomene wie Autoverkehr, Dreck und Lärm weiter für Ärger unter der Anwohnerschaft. Mit dem Frühjahr werden die Reibereien somit auf die Tagesordnung zurückkehren. Aufsehen erregte zuletzt die Initiative der SPD, Fotos von Freiern und deren PKW-Kennzeichen ins Internet zu stellen. Damit ergänzte sie einen Vorschlag der CDU, eine bezirkliche «Anti-Freier-Kampagne» auf den Weg zu bringen.

Nicht nur der Datenschutz, sondern auch der rechtliche Rahmen wurde dabei ausgeblendet. Seit 2002 gilt Prostitution als *Dienstleistung*, womit die Arbeitsbedingungen in dem Gewerbe zumindest amtlich wesentlich verbessert wurden. Das Bereitstellen von Kondomen gilt seitdem nicht mehr als Förderung der Prostitution, eine Krankenversicherung kann abgeschlossen, das Entgelt gegebenenfalls eingeklagt werden. Das *gesellschaftliche* Stigma existiert aber weiter. Wer der Sexarbeit nachgeht, wird häufig in Verbindung gebracht mit Krankheiten, Drogen und Kriminalität. Entweder muss sie/er als Kind missbraucht worden sein, oder aber sie/er wird von Dritten gezwungen, dieser Arbeit nachzugehen. Dass es ökonomischer Zwang sein könnte oder gar eine selbstbestimmte Berufswahl, leuchtet der christlichen und sozialdemokratischen Moral augenscheinlich nicht ein. Das «aggressive Werben» von Frauen stört sie denn auch mehr als der schlechtere Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt, das gewaltförmige Geschlechterverhältnis oder restriktive Einwanderungsbestimmungen, die das Business doch wesentlich mitprägen.

Nachdem sich die Vertreibung von Frauen und Trans-Frauen (Sperrbezirk) in der Vergangenheit nicht durchsetzen ließ, sollen nun also die Kunden ins Visier genommen werden. Erfolgreiche Freier-Arbeit weist explizit darauf hin, dass nur ein *akzeptierender* Ansatz Erfolg verspricht, etwa im Bezug die Vorbeugung von sexuell übertragbaren Infektionen. Jede *Anti-Kampagne* hingegen verspricht, die Sexarbeit neuerlich ins Dunkle zu drängen mit allen negativen Folgen für Sexarbeiter_innen: mehr Gewalt, mehr Scham und Isolation, die krank macht.

Prostitution gibt es im Gebiet seit Jahrzehnten. Ihrer überbezirklichen Bedeutung wird keine Kampagne des Bezirksamtes gerecht werden können. Wegweisend ist die sachliche Arbeit des Quartiersmanagements im Schöneberger Norden und der Projekte, die den Ausgleich zwischen berechtigten Interessen der Anwohnerschaft und den in der Sexarbeitet Tätigen suchen. Repression gegenüber den Dienstleister_innen oder den Kunden, so viel steht fest, verspricht keinen Erfolg.

Koray Yılmaz-Günay

Mehmet Desde
Folter und Haft in der Türkei
Ein Deutscher in den Mühlen der Willkürjustiz

Der deutsche Staatsbürger Mehmet Desde fliegt im Juni 2002 in die Türkei. Dort wird er von Beamten einer Antiterroreinheit verhaftet und vier Tage lang unter dem Vorwurf, Mitglied einer illegalen Organisation zu sein, festgehalten und gefoltert. Nach sechsmonatiger Untersuchungshaft in einem Hochsicherheits-gefängnis kommt er wieder frei, darf aber das Land nicht verlassen. In einem unfairen Prozess wird Mehmet Desde auf der Grundlage von erfolterten Aussagen schuldig gesprochen. Die juristischen Auseinandersetzungen ziehen sich bis Mai 2007 hin, dann sind in der Türkei alle Rechtsmittel ausgeschöpft und er muss die Haft antreten. Nach einem erzwungenen Aufenthalt von insgesamt sechs Jahren und drei Monaten kann Mehmet Desde im Oktober 2008 wieder nach Deutschland zurückkehren. In seinem Bericht schildert Mehmet Desde, wie er in die Mühlen der türkischen Willkürjustiz geriet und sich gegen die absurden Vorwürfe der türkischen Polizei zur Wehr setzen musste. Das Buch liefert Informationen aus erster Hand über Folterpraktiken und Haftbedingungen in der Türkei. Ergänzt werden die Schilderungen des Autors durch zahlreiche Sachinformationen. Zudem wird die Frage aufgeworfen, ob die deutsche Regierung genug getan hat, um den deutschen Staatsbürger Mehmet Desde vor Zwangsaufenthalt und Inhaftierung in der Türkei zu bewahren. Die Geschichte von Mehmet Desde ist kein Einzelfall. Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TİHV) spricht in ihrem Folteratlas von einer Million Menschen, die seit dem Militärputsch im September 1980 gefoltert wurden. Seit 1990 hat die Stiftung mehr als 10.000 Menschen wegen Folter behandelt. Einer davon war Mehmet Desde. Folter und Haft in der Türkei. . Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag 2011 ca. 180 Seiten, kart., 19,90 Euro. ISBN: 978-3-86059-334-9

„Willkommen Zuhause“ Der Film **"Willkommen Zuhause"** hat **am 25. Februar 2011 um 19:30 Uhr im Kino Sputnik seine Premiere**

Am 14. April 2010 wurde das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Kosovo unterzeichnet. Seitdem finden zunehmend Abschiebungen von aus dem Kosovo stammenden Roma statt. In den Flugzeugen sitzen Menschen, die meistens seit über zehn Jahren in Deutschland leben und nun im Kosovo ihre Heimat finden sollen. Wie gelingt es jemandem, der in Deutschland geborenund aufgewachsen ist, sich in einem fremden Land zu Hause zu fühlen, ohne dass er die Sprache beherrscht, ohne die Möglichkeit, die Straße in Ruhe und Sicherheit zu betreten? Wie viele Träume und Hoffnungen bleiben da noch übrig? Und wie fühlt man sich, wenn 40 Polizisten mitten in der Nacht an der Tür klingeln mit der Ankündigung: „Ihr habt 30 Minuten Zeit, eure Sachen zu packen.“? Der Film ermöglicht einen Einblick in das Leben abgeschobener Roma im Kosovo und solchen, die in Deutschland von der Abschiebung bedroht sind. Keines der abgeschobenen Kinder besucht die Schule; meistens übernachten alle Familienmitglieder in einem Raum; medizinische Versorgung ist den Roma nur schwer zugänglich; die wenigsten besitzen ein Bad, und sogar fließendes Wasser in der Toilette zählt zum Luxus. Hier wie dort können die Roma nachts nicht ruhig schlafen. In Deutschland, weil sie jede Sekunde mit der Abschiebung rechnen, im Kosovo vor lauter Heimweh nach Deutschland – und aus Angst vor rassistischen Übergriffen. Dokumentarfilm, 69 min. Regie: Eliza Petkova, Produktion: Jan Derksen, Kamera: Hannes Marget

Februar 2011 LUPE-color-home.indd 7 19.02.2011 15:11:37

Rosa Luxemburg in Friedenau geehrt

Ca. 50 TeilnehmerInnen ehrten am 15.Januar anlässlich des 92. Jahrestages ihrer Ermordung die deutsche Revolutionärin **Rosa Luxemburg** vor ihrem ehemaligen Wohnhaus in der Cranachstraße 58. Die Parteien DIE LINKE, SPD, Grüne und DKP hatten Kränze am Denkmal vor dem Haus niedergelegt. Veranstalter war, wie in den vergangenen Jahren, die Friedensinitiative Friedenau. Diesmal hielt unser Bezirksvorsitzender, **Carsten Schulz**, die Gedenkrede. Er erinnerte an die Stationen ihres Lebens und an die Kämpfe, die die Sozialistin in der Sozialdemokratie und gegen den sich verschärfenden Militarismus führte, der schließlich in den ersten Weltkrieg mündete. Sie wurde bereits früh von ihrem jüdischen Elternhaus in einer starken Aufklärungstradition geprägt, sodass sie zu einer entschiedenen Gegnerin jeglichen Nationalismus wurde, den sie auch innerhalb der Linken konsequent bekämpfte. So legte sie sich mit den polnischen Sozialpatrioten und mit der Mehrheit in der SPD an, die am Vorabend des Weltkrieges meinte, das *„Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen zu dürfen“* (Zitat des SPD-Reichstagsabgeordneten **Hugo Haase**). Ihr konsequenter Protest gegen den Krieg führte zu mehreren Gefängnisaufenthalten. Sie teilte dieses Schicksal mit **Karl Liebknecht**, dem einzigen Reichstagsabgeordneten, der sich 1914 der Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigerte. Nach dem Sturz des monarchistischen Regimes standen **Liebknecht** und **Luxemburg** für die konsequente Entmachtung der Kriegsherren und für eine sozialistische Räterepublik. Sie wurden dafür wie viele andere Berliner Revolutionäre von Freikorpssoldaten ermordet.

Für die Partei DIE LINKE ist der konsequente Antimilitarismus der Namensgeberin ihrer Parteistiftung Rosa Luxemburg Richtschnur im politischen Handeln. DIE LINKE lehnt Krieg als Mittel der Politik konsequent ab. So steht auch im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der Partei: *„DIE LINKE wird sich auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt“*. Auch die konsequente Ablehnung nationalistischer Politik durch **Rosa Luxemburg** und ihr Eintreten für Demokratie, das auch nicht vor der eigenen Organisation halt machte, sind heute wichtige Bezugspunkte unserer Politik. Zu Recht wird **Rosa Luxemburg** mit dem Satz *„Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden“* zitiert. Aber eine Freiheit, die den Fabrikerben vor der Enteignung oder das Militär kapitalistischer Staaten vor der Entwaffnung schützen soll, eine solche Freiheit hat Rosa Luxemburg Zeit ihres Lebens bekämpft.

C.S.

Veranstaltung zum Internationalen

Frauentag mit Kulturprogramm

8. März 2011 um 19 Uhr
mit Julia Schwebke (Gesang) und Siegmar Gradl (E-Piano) in der Roten Insel

Rosa-Luxemburg-Lesekreis:
26. Februar um 14 Uhr,
Demokratieverständnis und Freiheitsbegrieff von Rosa Luxemburg, anschließend

Cinema la Gauche: Filmabend um **18.30 Uhr** zeigt Rosa Luxemburg, (Margarette von Trotta)

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg-

Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do: 11 - 18 Uhr
Fr: 11 - 15 Uhr
Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26
e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Bezirksvorstand
04. und 23. Februar und 03.03. um 19 Uhr
Mitglieder-versammlung
Telefonisch erfragen
Basisorganisationen:
BO Schöneberg
9. Februar 19 Uhr
BO Tempelhof
Telefonisch erfragen
BO Olivenbaum
Telefonisch erfragen
BO Arbeit u. Soziales
28. Februar um 19 Uhr
BO Migration und Antirassismus
17. Februar um 19 Uhr
Arbeitskreise:
AKK siehe bitte S. 3
Sondertermine S. 2, 6, und 7.
Inselgespräche
05.02. um 15 Uhr
LAG Nahverkehr
09.02. um 17 Uhr
Beratung und Hilfe zu ALG II
Dienstags 13 Uhr

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin, Kleine Alexanderstr. 28,10178 Berlin
Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg

Konto: 525 607 806
Berliner Bank
BLZ: 100 708 48

Erscheinungsweise: 10-12x jährlich
Auflage: 1.500 Exempl.
V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz;
Layout: Grace Irazoque;
Druck: Bunter Hund;
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion noch des Bezirksvorstandes.
Redaktionsschluss: 21.01.2011, Schluss-redaktion: 30.01.2011
Erscheinungstag: 5.02.2011. Nächste Redaktionsschluss: 18.02.
Die nächste Ausgabe erscheint Anfang März 2011

Februar 2011 LUPE-color-home.indd 8 19.02.2011 15:11:39